
FDP im Römer

PLÄDOYER FÜR DIE ZUKUNFT DES MESSESTANDORTES FRANKFURT

10.07.2020

- Keine dirigistischen Eingriffe seitens der Politik

Die Freien Demokraten hatten bereits im Januar den Magistrat aufgefordert, ein Konzept zur Stärkung des Messestandortes Frankfurt zu erstellen, dessen Umsetzung bisher die Koalition vor erhebliche Herausforderungen zu stellen schien – denn passiert sei bisher nichts. Dass nun die Grünen anregen, ein Zukunftskonzept Messe 2030 zu initiieren, bewertet die wirtschaftspolitische Sprecherin, Stephanie Wüst, als positives Signal. „Wir Freie Demokraten werden natürlich den Vorschlag eines solchen Zukunftskonzeptes für die Messe unterstützen – gerade auch vor dem Hintergrund, dass die Veranstaltungsbranche stark unter den jetzigen Einschränkungen leidet. Die Politik sollte den Messestandort Frankfurt stärken, Raum für Entwicklungsmöglichkeiten geben, Gesprächspartner und Bindeglied zwischen Wirtschaft, Messe und Stadtgeschehen sein. Dafür braucht es einen starken Partner an der Seite der Messe und auf der Position des Aufsichtsratsvorsitzenden. Wir sehen es dagegen nicht als Aufgabe der Politik, sich in Konzepte und Ausrichtung der Messe Frankfurt einzumischen, die über dieses Angebot hinausgehen.“

Ziele müssen sein: vernünftige Rahmenbedingungen wie Entlastung des Verkehrs zu Messezeiten, Ausbau des Digitalangebotes und eine sinnvolle Entwicklung von Messen über das Messegelände hinaus, beispielsweise in Gewerbegebiete oder kulturelle Einrichtungen. Auch eine effiziente Zusammenarbeit zwischen Messebetreiber und Verwaltung sollte ein erklärtes Ziel sein. Positiv war die schnelle Reaktion der städtischen Akteure, als es um ein Hygienekonzept für die Buchmesse ging. Die Menschen wollen sich weiter begegnen, Messen werden weiterhin ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor bleiben. „Wir alle schauen auf die im Oktober stattfindende Buchmesse. Wir sind froh, dass Frankfurt hier schnell reagiert und aufgezeigt hat, dass es weitergehen kann. Es ist

auch die Pflicht der Politik unsere Traditions-messen zu pflegen und gleichzeitig den Blick nach vorne zu richten. Unsere Messe GmbH und die (Kreativ-)Wirtschaft haben bereits signalisiert, dass sie neue Wege gehen wollen. Wie erfolgreich die Zusammenarbeit zwischen allen Akteuren laufen kann, hat die Gewinnung der Fashion Week für Frankfurt deutlich gezeigt. So ganz wird man den Eindruck nicht los, dass die politischen Akteure ihre Rolle noch nicht gefunden haben. Entscheidungen um den Messestandort dürfen künftig kein Spielball politischer Possen sein. Das müssen wir im Interesse des Messe- und Wirtschaftsstandortes ändern“, betont Wüst.